

An die
Bezirksvertretung für den 11. Bezirk
Enkplatz 2
1110 WIEN

Bezirksvorstehung f.d. 11. Bezirk

07. MRZ. 2018

Zahl:

5203895/18

Wien, am 07.03.2018

Die unterfertigten Bezirksräte der Österreichischen Volkspartei und Bezirksrat Volkan Kahraman stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen, für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering am 14. März 2018 folgenden gemeinsamen

Resolutionsantrag

Verstärkte Zusammenarbeit der Schulen im Bezirk mit der Landespolizeidirektion Wien in Sachen Gewaltprävention und Gewaltvermeidung

Die Bezirksvertretung Simmerings spricht sich dafür aus, dass auf Grund des zunehmenden Konflikt- und Gewaltpotentials in den Schulen im Bezirk des 11. Bezirks, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Landespolizeidirektion Wien in Sachen Gewaltprävention und Gewaltvermeidung stattfindet.

Begründung:

Die Bereitschaft, Gewalt auszuüben, nimmt unserer Gesellschaft immer mehr zu. Auch an der Schule, als Spiegel der Gesellschaft, ist dieses Phänomen zu beobachten. Gewalt an Schulen äußert sich in physischer und psychischer Gewalt zwischen Schülern untereinander, zwischen Schülern und Lehrern, zwischen Schulfremden und Schülern bzw. Lehrern sowie als Gewalt gegen öffentliches Eigentum oder privates Eigentum. Eine spezielle Form der Gewalt an Schulen ist Mobbing in der Schule.

Konflikte eskalieren zudem zunehmend schneller, öfter und werden mit härteren Mitteln ausgetragen. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Es ist keine Ausnahme mehr, die Lehrkraft zu beleidigen, im Internet zu verunglimpfen oder sie sogar tätlich anzugreifen. Die Tätergruppen sind unterschiedlich.

Wie die „Kronen Zeitung“ am 18. Jänner 2018 berichtete, schlagen Wiens Lehrer/innen angesichts der ausufernden Gewalt (insbesondere gegen Lehrer/innen) an den Wiener Schulen Alarm. Allein im Vorjahr seien 1.600 Strafanzeigen wegen Gewalt an Wiens Schulen erstattet worden.

Ein Ausbau der Präventionsarbeit scheint angebracht. Hier gibt es bereits einige sehr gute Pilot-Projekte zwischen Schulen und Polizei, die flächendeckend umgesetzt werden sollten. (vgl. „Click & Check“ sowie „All-Right - Alles was Recht ist!“).

Wir ersuchen um Zustimmung.

BzR Volkan Kahraman, BzR Wolfgang Kieslich, BzR Mag. Leo Prochazka, BzR Peter Sixtl